

Bern, den 25. November 2024

Keine Schlechterstellung des Bildungs- und Forschungsstandorts Bern:

Gemeinsame Stellungnahme der Studierendenorganisationen der bernischen Hochschulen gegen geplante Studiengebührenerhöhungen im Kanton Bern.

Die Finanzkommission des Grossen Rates des Kantons Bern (FiKo) schlägt in ihrem Bericht an den Grossen Rat zum Budget 2025 sowie zum Aufgaben- und Finanzplan 2026 – 2028 (AFP 26 – 28)¹ Studiengebührenerhöhungen an allen bernischen Hochschulen vor. Dies mit zwei Planungserklärungen zum AFP 26 – 28. Die konkreten Vorschläge der FiKo sind:

- **Planungserklärung 11.1, AFP 26 – 28²**
«Die bernischen Hochschulen (Universität Bern, Pädagogische Hochschule Bern, Bernische Fachhochschule) erheben für Bildungsausländerinnen und -ausländer, [...], grundsätzlich dreimal höhere Studiengebühren [...].»
- **Planungserklärung 11.2, AFP 26 – 28³**
«Die bernischen Hochschulen (Universität Bern, Pädagogische Hochschule Bern, Bernische Fachhochschule) erhöhen im Sinn einer Verursachergerechtigkeit die Studiengebühren für sämtliche Studentinnen und Studenten, um einen angemessenen Beitrag an die steigenden Kosten dieser Institutionen zu leisten.»

Die Vereinigung der Studierenden der pädagogischen Hochschule Bern (VdS PHBern), der Verband der Studierenden der Berner Fachhochschule (VSBFH) und die Studierendenschaft der Universität Bern (SUB) sehen durch die geplanten Studiengebührenerhöhungen den Bildungs- und Forschungsstandort Bern in Gefahr.

Befuerung des Fachkräftemangels

Eine Erhöhung der Studiengebühren an den bernischen Hochschulen hätte nicht nur auf die Studierenden direkt, sondern auch auf den Rest der Gesellschaft einschneidende Auswirkungen. Durch eine Erhöhung der Studiengebühren würde die Zugänglichkeit zu Hochschulbildung und somit auch die Chancengleichheit im Kanton Bern eingeschränkt.

Die bernischen Hochschulen bilden allesamt qualifizierte Fachkräfte aus, welche der Kanton Bern dringend benötigt. In der Schweiz fehlen qualifizierte Fachkräfte, so zum Beispiel Lehrpersonen, Fachkräfte in Gesundheitsberufen oder in der Veterinärmedizin aber auch ingenieurtechnische sowie agrarwissenschaftliche Fachkräfte. Eine Einschränkung der

¹ <https://www.rgr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/b0d2cc017e3748bea07ba07343263bb9-332/1/2023.FINGS.255-Beilage-D-579068.pdf>

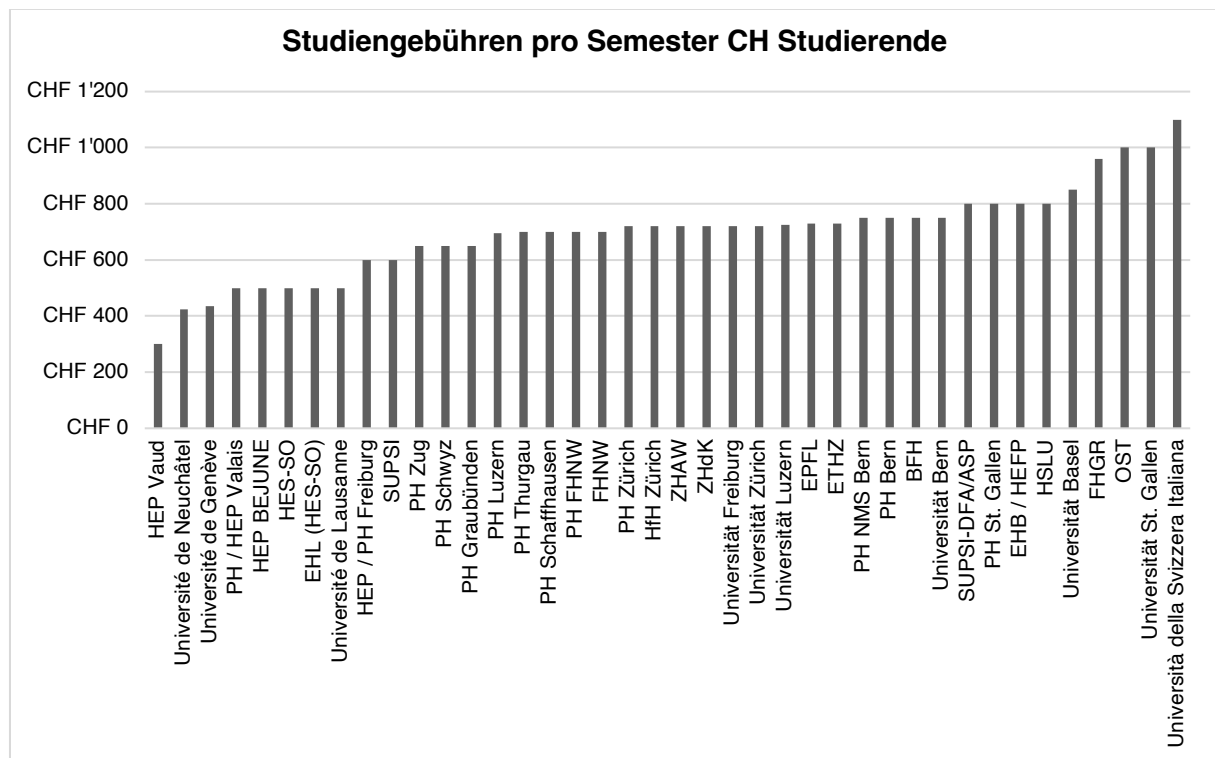
² <https://www.rgr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/2ad63abe4297440a9c1a5b6f6bfedca1-332/24/2023.FINGS.259-Abaenderungsantrag-D-578989.pdf>

³ <https://www.rgr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/2ad63abe4297440a9c1a5b6f6bfedca1-332/24/2023.FINGS.259-Abaenderungsantrag-D-578989.pdf>

Zugänglichkeit zu Hochschulbildung kann und darf sich der Kanton Bern aus Sicht der VdS PHBern, des VSBFH sowie der SUB in Zeiten des Fachkräftemangels nicht leisten.

Mehr Kosten für Studierende, wenig Entlastung für Hochschulen

Im schweizweiten Vergleich befinden sich die bernischen Hochschulen bei der Höhe der Studiengebühren bereits jetzt im oberen Mittelfeld⁴:



Die Attraktivität des Bildungs- und Forschungsstandorts Bern darf aus Sicht der VdS PHBern, des VSBFH sowie der SUB nicht an einer Studiengebührenerhöhung leiden.

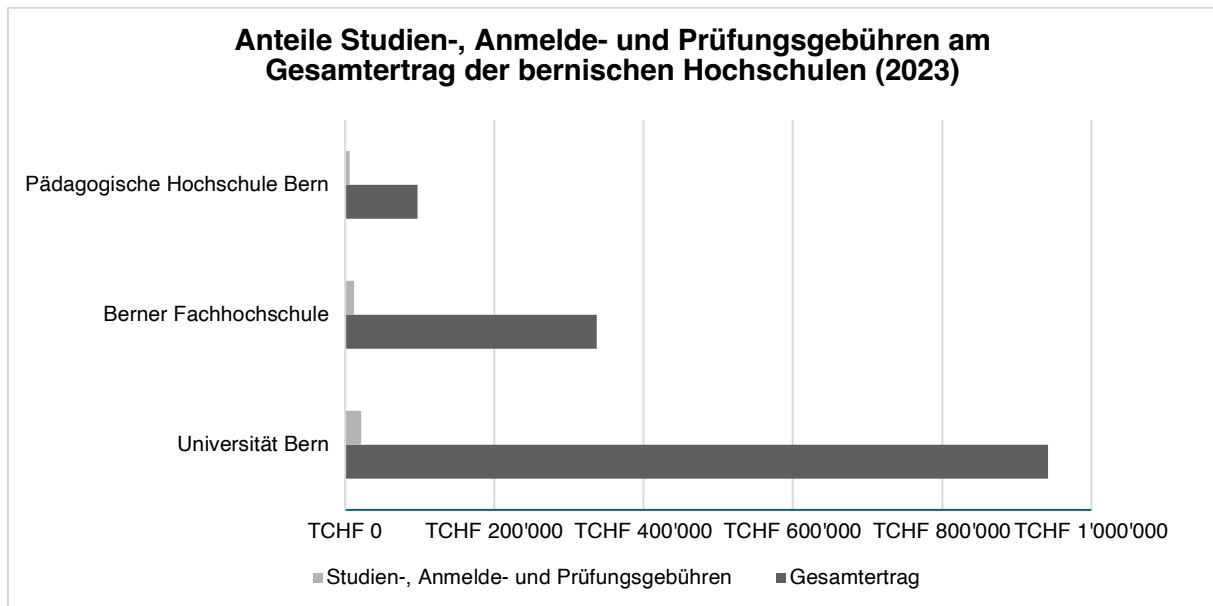
Anteilig an den Gesamterträgen der bernischen Hochschulen machen die Studien-, Anmelde- und Prüfungsgebühren wenige Prozentpunkte aus^{5,6,7}:

⁴ <https://www.swissuniversities.ch/themen/studium-lehre/informationen-zum-studium/studiengebuehren>

⁵ https://www.phbern.ch/sites/default/files/2024-05/20240326-geschaeftsbericht-2023_def.pdf

⁶ https://www.bfh.ch/dam/jcr:5fb18227-c93d-40e1-994c-3f16eb37a0d2/BFH_Jahresrechnung_240326_W.pdf

⁷ https://jahresbericht2023.unibe.ch/unibe/jahresberichte/jahresbericht_2023/content/e1398819/e1398822/2023_UniBE_Jahresbericht_DE_DEF_ger.pdf



Eine Erhöhung der Studiengebühren würde die Budgets der bernischen Hochschulen nur marginal entlasten können und gleichzeitig die individuellen Budgets von Studierenden beziehungsweise deren Familien beträchtlich belasten.

Die gestiegenen Lebenshaltungskosten stellen bereits jetzt für Studierende ein grosses Problem dar. Eine zusätzliche Erhöhung der Studiengebühren würde den Zugang zu Hochschulbildung für Menschen mit geringem beziehungsweise mittlerem ökonomischem Status erschweren oder gar verunmöglichen. Auch aus Volkswirtschaftlicher Sicht ergibt es für den Kanton Bern keinen Sinn, durch eine Gebührenerhöhung die Teuerungsentwicklung weiter zu beschleunigen.

Schon heute gehen drei Viertel der Studierenden in der Schweiz neben ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit nach.⁸ Ab einem gewissen Arbeitspensum, muss davon ausgegangen werden, dass eine Erwerbstätigkeit eine Verlängerung der Studienzzeit nach sich zieht. Durch eine Studiengebührenerhöhung würde die Abhängigkeit von Erwerbstätigkeit der Studierenden weiter ausgebaut. Daraus würde wiederum eine erhöhte finanzielle Belastung für den Kanton Bern erfolgen, da diese Studierenden länger an den bernischen Hochschulen studieren müssten.

Irrtum der finanziellen Planungssicherheit

Aus Sicht der VdS PHBern, des VSBFH und der SUB ist das Argument der finanziellen Planungssicherheit für die bernischen Hochschulen aufgrund einer Studiengebührenerhöhung ein Irrtum.

⁸ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/tertiaerstufe-hochschulen/soziale-wirtschaftliche-lage-studierenden.html#einnahmequellen>

Einerseits wird die Bundesversammlung an der Sommersession 2025 Pläne des Bundesrats zur Entlastung des Bundeshaushalts behandeln.⁹ Inhalt der Debatte wird auch eine Kürzung der Bundesbeiträge an kantonale Hochschulen sein. Der Vorschlag an die Trägerkantone lautet, die daraus resultierende Finanzierungslücke mit einer Erhöhung der Studiengebühren auszugleichen.

Andererseits befindet sich die Schweiz mit der Europäischen Union in diversen Verhandlungen. Unter anderem wird über eine Re-Assoziierung der Schweiz zu Erasmus+ verhandelt. Eine Bedingung dafür ist, dass Studierende aus dem EU-Raum gleich hohe Studiengebühren zu zahlen haben werden, wie Studierende aus der Schweiz.¹⁰ Eine Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende an den bernischen Hochschulen würde diesen Bedingungen klar widersprechen.

Gleichzeitig ist der finanzielle Nutzen einer Studiengebührenerhöhung für ausländische Studierende, aufgrund der jetzt schon tiefen Anteile an ausländischen Studierenden an den bernischen Hochschulen, als marginal einzustufen.

Aus Sicht der VdS PHBern, des VSBFH und der SUB ist es aufgrund dieser Entwicklungen, welche ausserhalb des Kantons Bern liegen, schwierig abzuschätzen, wie die Rahmenbedingungen der Finanzierung der kantonalen Hochschulen ab den Jahren 2026 – 2030 aussehen werden. Annahmen welche jetzt getroffen werden, könnten also bereits nach der Sommersession 2025 der Bundesversammlung obsolet sein.

Aus obengenannten Gründen stellen sich die VdS PHBern, der VSBFH sowie die SUB dezidiert gegen die Planungserklärungen 11.1 und 11.2 der FiKo und bitten den Grossen Rat des Kantons Bern eingehend diese abzulehnen.

Im Namen der Studierenden der bernischen Hochschulen:

Vorstand der VdS PHBern, Vorstand des VSBFH, Vorstand der SUB

Diese Stellungnahme wird zudem von folgenden kantonalen Jungparteien unterstützt:

JUSO Kanton Bern, Junge Grüne Kanton Bern, Junge Grünliberale Kanton Bern, Die Junge Mitte Kanton Bern, Jungfreisinnige Kanton Bern

⁹ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-102538.html>

¹⁰ <https://www.nzz.ch/schweiz/hoehere-gebuehren-fuer-auslaender-die-eu-fordert-dass-die-schweiz-europaeische-studenten-nicht-diskriminiert-id.1841680>

Kontakt Studierendenvertretungen:

Zouhra Bokreta
Vorständin VdS PHBern

vds@phbern.ch

Joëlle Savary
Co-Präsidentin VSBFH

vorstand@vsbfh.ch

Sandro Arnet
Vorstand SUB

078 664 77 65
sandro.arnet@unibe.ch

Kontakt Jungparteien:

Siri Ryser
Co-Präsidentin JUSO Kanton Bern

078 216 72 09
ryser.siri@gmail.com

Gioia Benninger
Co-Präsidentin Junge Grüne Kanton Bern

078 744 99 47
gioia.benninger@jungegruene.ch

Alessandro Di Stefano
Präsident Junge Grünliberale Kanton Bern

079 895 06 92
alessandro.distefano@jglp.ch

Cheyenne Friedrich
Vizepräsidentin Die Junge Mitte Kanton Bern

079 736 69 38
cheyenne@diejungemitte-be.ch

Jason Steinmann
Präsident Jungfreisinnige Kanton Bern

076 210 90 25
jason.steinmann@jfbe.ch